



über die 1. Sitzung
des Planungs- und Umweltausschusses
am Mittwoch, dem 24. November 1999
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Herr Eckardt
Herr Etzold
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Herr Hitz
Herr Kissing
Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühnapfel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Müller
Herr Slomiany
Herr Theimann
Herr Westervoß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Dr. Fricke
Herr Meschede
Herr Tuxhorn

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen F.D.P.

Herr Nieme

Sachverständige
Herr Wiese
Herr Zielke

Verwaltung
Herr Baudrexl
Herr Dornblüth
Herr Gliefe
Herr Harrach
Frau Lauff
Herr Liedtke

entschuldigt fehlten
Herr Ebbinghaus
Herr Krause
Herr Müller
Herr Stoltefuß
Herr Treder

Herr **Madeja** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass die Naturschutzverbände auch nach der Zusammenfassung des Planungs- und Umweltausschusses fortwirkend eingeladen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
2.	37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen hier: Feststellungsbeschluss	271/1999
3.	Bürgeranregung auf Beibehaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung "30 km/h" im Bereich der Derner Straße und auf Verbesserung der Parkplatzsituation am Bahnhof Kamen	432/1999
4.	Bürgeranregung auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtsignalanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße	431/1999

5. Unsere Stadt muss sauberer werden
hier: Antrag der CDU-Fraktion
6. Baumfällungen und Neuanpflanzungen im Rahmen der Umgestaltung des Postparks 416/1999
7. Bebauungsplan Nr. 61 Ka "Unnaer Straße"
hier: Vorstellung des Planentwurfs
8. Bebauungsplan Nr. 19 Ka-Me "Lindenallee/Westicker Straße"
hier: Vorstellung des Planentwurfs
9. Bebauungsplan Nr. 62 Ka "Lüner Höhe"
hier: Vorstellung des Planentwurfs
10. Bebauungsplan Nr. 5 Ka-Sk "Auf den Kämpen"
hier: Vorstellung des Planentwurfs
11. Mitteilungen und Anfragen

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Herr **Madeja** verpflichtete die Ausschussmitglieder, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 2.

271/1999

37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen
hier: Feststellungsbeschluss

Herr **Liedtke** berichtete über die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen, erklärte die rechtlichen Grundzüge und informierte über die weitere Vorgehensweise.

Herr **Baudrexl** berichtete, dass bereits ein Bauantrag für eine weitere Windkraftanlage vorliegt.

Herr **Dornblüth** schilderte, dass dies voraussichtlich der letzte Bauantrag ist, da das Flächenpotential für Windkraftanlagen erschöpft ist.

Herr **Liedtke** bemerkte, dass bei einer Bearbeitung dieses Antrages bereits die Prüfkriterien der Flächennutzungsplanänderung zugrunde gelegt werden.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994):

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt:

1. Die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen einschl. des Erläuterungsberichtes (Anlage zur Beschlussvorlage).

Die Flächennutzungsplanänderung hat folgendes zum Inhalt:

Der als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesene Bereich nördlich der BAB 2, zwischen der Töddinghauser Straße, der Bergkamener Straße und der Stadtgrenze zu Bergkamen wird entsprechend dem Planentwurf als Vorrangfläche für Windkraftanlagen dargestellt.

2. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Genehmigungsverfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

432/1999

Bürgeranregung auf Beibehaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung "30 km/h" im Bereich der Derner Straße und auf Verbesserung der Parkplatzsituation am Bahnhof Kamen

Herr **Baudrexl** erklärte, dass nur der Teil der Bürgeranregung, der sich mit der Parksituation befasst, im Planungsausschuss behandelt wird. Die Anregung zur Geschwindigkeitsbeschränkung wird im Verkehrsausschuss beraten.

Die Anregung zur Parksituation am Bahnhof soll in das Konzept der Verwaltung mit einfließen.

Herr **Kissing** verwies auf den Vorschlag der CDU-Fraktion und bat um Prüfung, ob in einem Bereich unter der Hochstraße, den zur Zeit eine Spedition nutzt, Stellplätze errichtet werden können. Die Grundstücks- und Pachtverhältnisse müssten geklärt werden.

Herr **Liedtke** erklärte, dass diese Flächen nicht zur Verfügung stehen, da es sich um Privateigentum handelt. Zudem könne es hier bei der Einrichtung von Parkflächen zu Nutzungskonflikten kommen, da sich Wohnbebauung anschließt.

Herr **Kissing** schlug eine erneute Überprüfung vor.

Herr **Behrens** bemerkte, dass die städtebauliche Aufwertung und die Situation des Bahnhofs für die nächsten Jahre ein Thema in den politischen Gremien sein wird.

Herr **Dr. Fricke** erkundigte sich danach, ob die im letzten Planungsausschuss erarbeitete Lösung verworfen wurde.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass zunächst die Fördermöglichkeiten überprüft werden. Die weitere Vorgehensweise soll danach besprochen und Planungen vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Bürgeranregung des Herrn Karl Heinz Maintok, Stettiner Straße 41, 59174 Kamen, verzogen nach Erikastraße 21, 46117 Oberhausen, wird insofern zugestimmt, als dass die Bürgeranregung auf Verbesserung der Parkplatzsituation am Bahnhof Kamen in die bereits laufenden Planungen zur Schaffung zusätzlicher Stellplatzkapazitäten im Bahnhofsumfeld einbezogen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

431/1999

Bürgeranregung auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtsignalanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße

Herr **Baudrexl** erläuterte die Beschlussvorlage. Der in der Bürgeranregung vorgeschlagene Bau eines Gehweges sei sinnvoll, jedoch nur wenn die Stadt Dortmund den Gehweg auf ihrem Gebiet mit ausbaut.

Gespräche mit der Stadt Dortmund haben ergeben, dass dort zur Zeit keine dahingehenden Planungen vorliegen und auch keine Finanzmittel für einen Ausbau zur Verfügung stehen.

Die eingeholte Stellungnahme des Westfälischen Straßenbauamtes zum zweiten Teil der Bürgeranregung auf Einrichtung einer Lichtzeichenanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße ergab, dass dieser Bedarf von dort nicht gesehen wird.

Herr **Eckardt** erklärte, die Forderung nach einem Gehweg sei verständlich und berechtigt. Die Zeit sei jedoch hierfür noch nicht reif, für die Zukunft sollten weiträumige Planungen aufgestellt werden. Im Bereich der Kreuzung bevorzuge die SPD-Fraktion anstatt einer Lichtzeichenanlage eine Kreisellösung.

Herr **Nieme** bemerkte, dass ein Ausbau des Gehweges nur zusammen mit der Stadt Dortmund sinnvoll sei. Bei einem Gehwegeausbau sollte jedoch der gleichzeitige Bau eines Radweges geprüft werden. Aus seiner Sicht sei eine Kreisellösung im Bereich der Kreuzung auch sinnvoll, da hier uneinsichtige Kurvenausgänge aufeinandertreffen und häufig unfallgefährdete Situationen entstehen.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass an beiden Anregungen gearbeitet werde. Zum einen werden Gespräche mit der Stadt Dortmund geführt, zum anderen muss die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Herr **Kissing** fügte hinzu, dass sich hier alle Fraktionen einig seien. Man müsse nur Prioritäten setzen. Der Bau des Gehweges und eines Kreisels sei wünschenswert, habe jedoch aus Sicht des kommunalen Haushaltes nicht die oberste Priorität.

Beschluss:

Der Bürgeranregung des Herrn Dietmar Harwig, Robert-Bunsen-Straße 4, 59174 Kamen, auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtzeichenanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße wird

1. dahingehend zugestimmt, dass die Notwendigkeit eines Gehweges an der Lortzingstraße/Husener Straße gesehen wird, eine Realisierung aber abhängig von der Beteiligung der Stadt Dortmund ist.
2. hinsichtlich der Einrichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Robert-Koch-Straße/ Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Unsere Stadt muss sauberer werden
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Baudrexl** berichtete, dass in vielen Städten über Entsorgungsprobleme diskutiert wird. Auch die Kamener Stadtverwaltung und die Fraktionen setzen sich mit diesem Thema auseinander. Herr Baudrexl schlug vor, Lösungskonzepte zu erarbeiten, in denen die Anregungen der CDU-Fraktionen einfließen.

Eine schnelle Lösung des Problems sei jedoch nicht möglich, da viele Faktoren und Problematiken, wie Containerstandorte, Abfallsatzungen oder Hohlsysteme geprüft, optimiert und ausgewertet werden müssen.

Herr **Behrens** erklärte, dass die optische Ansicht verbessert werden muss. Leider seien sowohl verantwortungslose Bürger, als auch Gewerbetreibende, die mit ihrem gewerblichen Abfall die Container überfüllen und so keinen Platz für das Papier der Kamener Bürger lassen und die frühere diesbezügliche Politik der CDU auf Bundesebene für diese Verschmutzung verantwortlich.

Herr **Kühnapfel** stimmte den Ausführungen von Herrn Behrens zu. Müllvermeidung sei hier der bessere Weg. Die Verwaltung sollte hier ein Konzept erarbeiten. Man solle auch prüfen, ob eine Unterstützung, speziell auch aus finanzieller Sicht, durch das Duale System möglich sei.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass das System nicht kostengünstiger gestaltet und die Situation gleichzeitig verbessert werden kann. Man müsse deshalb prüfen, ob nicht ein Hohlsystem eingeführt werden könnte. In anderen Städten habe sich gezeigt, dass durch ein Hohlsystem weniger Verschmutzung verursacht wird.

Herr **Meschede** regte eine Mitnutzung der Dortmunder Deponie für die Gartenabfälle, bzw. Grünschnitte durch die Methleraner Bürger an, da die Wege zur Deponie nach Heeren sehr weit seien.

Herr **Kissing** regte an, die Entsorgung des Grünschnitts für Methler über private Unternehmen, wie zum Beispiel eine Abgabemöglichkeit beim Landwirt Herrn Middendorf, zu regeln.

Herr **Baudrexl** erklärt, dass auch solche Lösungen in dem aufzustellenden Konzept überprüft werden. Es sei jedoch nicht denkbar, bezüglich der Müllentsorgung eine Vernetzung der Städte über den Kreis hinaus zu erreichen. Es sei schon schwierig, eine Harmonisierung der Gebühren, zum Beispiel für Sperrmüll, innerhalb des Kreises Unna zu erreichen.

Herr **Kissing** bemerkte, dass sich die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung anschließen werde. Die Gedanken und Alternativen, die die Verwaltung zu dem Thema erarbeitet, werden begrüßt. Man müsse nur die Kosten gering halten. Ahndungsmöglichkeiten in Form einer ordnungsbehördlichen Satzung werden von Seiten der CDU-Fraktion nicht mehr favorisiert, jedoch sollten personelle Maßnahmen überdacht werden.

Herr Kissing erklärte, dass es der Verdienst der alten Bundesregierung sei, dass nunmehr Bewegung in die Abfallproblematik komme.

Herr **Baudrexl** schilderte, dass auch personelle Konsequenzen in das Konzept aufgenommen werden.

Herr **Schneider** fügte hinzu, dass man speziell Gewerbetreibende als eine Gruppe, die die Containerverschmutzung durch Überfüllung verursacht, für die Problematik sensibilisieren sollte.

Herr **Behrens** bemerkte, dass man hier nicht von neuem eine müllpolitische Debatte führen sollte.

Herr **Hasler** wies noch einmal darauf hin, dass die Verschmutzung durch Papier rund um die Container ein großes Ärgernis für die Bürger sei.

Gewerbetreibende aus dem Stadtgebiet und auch aus Nachbarstädten nutzten die Container, um ihre Kartonagen loszuwerden. Kamen ist eine der letzten Städte, die noch kein Hohlsystem einsetzen. Ein Hohlsystem müsse ja nicht unbedingt zu höheren Kosten führen, da zum Beispiel die Kosten für die Reinigung der Containerplätze entfallen und der Platz besser ausgenutzt wird.

Herr **Baudrexl** erklärte, der Antrag der CDU-Fraktion vor 1 ½ Jahren zur Einführung einer blauen Tonne, sei ja nicht grundsätzlich zurückgewiesen worden. Zudem müsse man sich Gedanken über Problematiken machen, die durch die Einführung einer blauen Tonne verursacht werden. Es müssen hier mehrere Aspekte bedacht werden, auch die Kosten dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, die Problematiken müssen weiter verdeutlicht werden, man solle das Konzept der Verwaltung abwarten.

Zu TOP 6.

416/1999

Baumfällungen und Neuanpflanzungen im Rahmen der Umgestaltung des Postparks

Herr **Liedtke** berichtete über die geplante Fällung der Weiden im Postpark. Man bedauere die Fällung, da die Bäume dem Postpark einen prägenden Charakter geben. Die Fällung der Weiden haben jedoch auf die Planungen für den Postpark keinen Einfluss.

Herr **Kühnapfel** behauptete, die Bäume seien in Ordnung. Fäulnisstellen an Weiden seien nicht besorgniserregend. Zudem würden zwei der zu fällenden Weiden nicht an Wegen stehen, so dass die Stadt Kamen ihre Verkehrssicherheitspflicht nicht verletze. Herr Kühnapfel schlug vor, nur die beschädigten Äste der Weiden zu beschneiden.

Herr **Goehrke** stimmte Herrn Kühnapfel zu. Die Weiden sähen stabil aus, lediglich für einige kleinere Äste bestehe Bruchgefahr. Er habe zudem mit Herrn Hellekemper über die Weiden gesprochen. Auch Herr Hellekemper sehe keine Notwendigkeit, die Weiden zu fällen.

Herr **Baudrexl** wies den Vorwurf zurück, die Stadt Kamen würde die Weiden unnötig fällen. Vielmehr würde die Fällung der sehr prägenden Bäume sehr bedauert. Herr Baudrexl schlug vor, die Bäume noch einmal durch einen unabhängigen Sachverständigen begutachten zu lassen.

Herr **Hasler** begrüßte den Vorschlag und erkundigte sich danach, wer die Weiden begutachtet habe.

Herr **Liedtke** erklärte, der städtische Gärtnermeister habe die Bäume begutachtet.

Herr **Behrens** schloss sich dem Vorschlag des Herrn Baudrexl an, gab jedoch zu bedenken, dass Pilzsporen zum Beispiel teilweise nur im Sommer zu sehen seien, für den Laien sei nicht immer zu erkennen, ob ein Baum befallen sei.

Herr **Kühnapfel** bemerkte, dass Weiden fast immer Fäule aufwiesen, jedoch trotzdem standsicher seien. Eine weitere Überprüfung sei deshalb nötig.

Die Beschlussfassung wurde bis zur Vorlage des Gutachtens zurückgestellt.

Zu TOP 7.

Bebauungsplan Nr. 61 Ka "Unnaer Straße"
hier: Vorstellung des Planentwurfs

Herr **Liedtke** stellte den Entwurf des Bebauungsplanes, sowie die projektbezogenen Planungen und das Nutzungskonzept vor. Er erläuterte anhand einer Folie die Lage der Autohäuser, Porsche, Bentley, VW, Audi, Lamborghini, sowie die Lage der Werkstatt, der Lackiererei und des Karosseriebaus und der Wagenpflege.

Die Erschließung erfolgt über das Kamen Karree, zudem ist eine Ausfahrt mit der Möglichkeit des Rechtsabbiegens zur B233 vorgesehen. Die Erschließungsanlage ist jedoch keine öffentliche Straße. Der Grabenbereich bleibt erhalten, es wird lediglich eine Überfahrtsmöglichkeit geschaffen. Herr Liedtke schilderte, dass sich das Plangebiet um ca. 50 m nach Süden vergrößert hat. Eine Abstimmung mit der Bezirksregierung ist bereits erfolgt. Eine Bürgerbeteiligung wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2000 erfolgen.

Herr **Kühnapfel** regte an, bei dem Bau der Überfahrt über den Graben an einen großzügigen Durchlass zu denken, um die Vernetzung nicht zu unterbinden.

Zu TOP 8.

Bebauungsplan Nr. 19 Ka-Me "Lindenallee/Westicker Straße"
hier: Vorstellung des Planentwurfs

Herr **Liedtke** berichtete über den Entwurf des Bebauungsplanes und erklärte, dass am 15. Dezember um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Methler eine Bürgerbeteiligung stattfinden werde. Für das Gebiet mit einer Fläche von ca. 2 ha, auf dem etwa 45 Wohneinheiten entstehen werden, besteht eine mehr als doppelt so hohe Nachfrage, als Grundstücke zur Verfügung stehen.

Herr **Kühnapfel** erkundigte sich nach Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Herr **Liedtke** erklärte, dass zur Zeit daran gearbeitet werde. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden aber wahrscheinlich innerhalb des Gebietes umgesetzt werden können.

Herr **Kissing** erkundigte sich danach, ob die Verwaltung die Bezeichnung „Am Holze“ für das Gebiet als Straßennamen vorsieht, da der Name in den Plänen auftaucht.

Herr **Liedtke** erklärte, dass es sich hier um eine Flurbezeichnung handelt. Ein Straßenname ist noch nicht festgelegt worden.

Herr **Kissing** schlug vor, einen Straßennamen zu wählen, der für die Entstehungsgeschichte der Kaiserau steht. „Zeche-Kurl-Straße“ würde sich hier anbieten, sei jedoch bezüglich des Standortes des neuen Baugebietes nicht so günstig. Zudem befürchtete Herr Kissing durch den Bau eines Lärmschutzwalles eine Einpferchung des Gebietes.

Herr **Kühnapfel** äußerte klimatische Bedenken. Die Frischluftschneise bzw. der freie Windzug von Westen werde durch das Baugebiet gestört.

Herr **Liedtke** bemerkte, dass auch die klimatischen Bedingungen bei jeder Planung eines Bebauungsplanes bedacht werden. Das Klima- und Lufthygienegutachten des Kreises Unna wird immer in Planungsüberlegungen einbezogen.

Herr **Hasler** erkundigte sich danach, ob für das Gebiet ein Spielplatz vorgesehen ist.

Herr **Liedtke** erklärte, dass hier noch eine Prüfung durch den zuständigen Fachbereich erfolgt.

Zu TOP 9.

Bebauungsplan Nr. 62 Ka "Lüner Höhe"
hier: Vorstellung des Planentwurfs

Herr **Liedtke** stellte die Planungen zum Bebauungsplangebiet Nr. 62 Ka „Lüner Höhe“ vor. Die überplante Fläche wird von der Kirche nicht, wie derzeit im Flächennutzungsplan ausgewiesen, benötigt, so dass auf der ca. 0.8 ha großen Fläche 25 – 30 Wohneinheiten mit einer Erschließung über die Lüner Höhe entstehen können. Die Stadt Kamen ist jedoch nicht Eigentümerin der Fläche. Es ist daher wahrscheinlich, dass eine Erschließungsvereinbarung getroffen wird. Eine Bürgerbeteiligung hierzu wird am 08.12.1999 um 19.00 Uhr im Rathaus stattfinden.

Zu TOP 10.

Bebauungsplan Nr. 5 Ka-Sk "Auf den Kämpen"
hier: Vorstellung des Planentwurfs

Herr **Liedtke** stellte die Planungen zum Bebauungsplangebiet Nr. 5 Ka-Sk vor. Auf einer Fläche von ca. 5 ha werden etwa 70 – 80 Wohneinheiten, möglicherweise in zwei Bauabschnitten entstehen. Die Nachfrage nach Wohneinheiten ist sehr groß. Zur Zeit liegen ca. 150 Nachfragen nach Baugrundstücken vor. Eine Erschließung des Gebietes ist auf verschiedene Weisen möglich. Eine Bürgerbeteiligung ist für den 13.12.1999 um 19.00 Uhr im Rathaus geplant, bei der auch die verschiedenen Erschließungsvarianten vorgestellt werden.

Herr **Behrens** bemerkte, dass auch in Südkamen der Bedarf nach Wohnbebauung befriedigt werden muss. Jedoch habe Südkamen eine gewachsener Struktur und man dürfe nicht die Versorgungssituation der

Bürger außer acht lassen, da nach Bau des Wohngebietes ein höherer Bedarf nach Versorgungseinrichtungen, zum Beispiel Geschäfte entstehen werde.

Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass Südkamen als Naherholungsgebiet dient.

Weiterhin erkundigte sich Herr Behrens, was mit dem westlichen und südwestlichen Bereich neben dem Bebauungsplan Nr. 5 Ka-Sk geschehe.

Herr **Liedtke** erklärte, das der Flächennutzungsplan nicht beliebig geändert werden kann. In diesem Bereich sei eine Bebauung nicht geplant.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass in Bezug auf die Wohnbaupotentiale ein Handlungsprogramm erarbeitet wurde, dass sich an die Bevölkerungsprognose anlehnt. Die Bedarfssituation der Bevölkerung wird immer berücksichtigt.

Herr **Nieme** erkundigte sich danach, ob eine weitere Infrastruktur möglich ist.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass man zwischen der öffentlichen Infrastruktur, wie Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und ähnlichem und der privaten unterscheiden müsse. Man könne nur Planungsrecht schaffen, es müsse jedoch auch ein Investor gefunden werden.

Herr **Kühnapfel** schilderte, dass auch zukünftige Bedarfssituationen berücksichtigt werden müssen. Er befürchtet, dass in Zukunft keine Fläche mehr für die nachfolgende Generation zur Verfügung stände, wenn nun alle freien Flächen überplant werden. Die Fraktion der Grünen lehnt deshalb den Bebauungsplan in dieser Größe ab, zumal auf diesem Gebiet eine wertvolle und große Artenvielfalt herrsche.

Herr **Baudrexl** bemerkte, dass die Bevölkerungsprognose beachtet werde.

Herr **Kissing** berichtete von dem Antrag der CDU auf Aktualisierung des Wohnungsmarktberichtes. Die Verwaltung habe dies für das Jahr 2000 zugesagt.

Zur Zeit gebe es einen Bevölkerungsrückgang von circa 500 Personen. Dies sei ein Fingerzeig, dass kein größerer Ansiedlungsdruck mehr entstehe.

Herr **Kissing** machte den Vorschlag, das Bebauungsplangebiet 19 Ka-Me in Methler in „Zeche-Kurl-Straße“ zu benennen, da ein Schacht dieser Zeche ca. 400 Meter entfernt war.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, sollte eine Benennung nach der Zeche Kurl erfolgen, müsse die Schreibweise des Namens nachvollziehbar sein.

Herr Lipinski wies darauf hin, dass die Einwohnerzahl zwar zurückginge, die Ansprüche an das Wohnen jedoch im Gegensatz zu früher verändert seien. Man müsse die soziale Struktur beachten. Nachfragen für Singlewohnungen oder Häuser für „Wohnen im Alter“ seien stark angestiegen.

Herr **Kissing** sagte, dass Veränderungen im Wohnverhalten natürlich berücksichtigt werden müssen. Hier sei in der Zukunft sicherlich noch einiger Diskussionsbedarf vorhanden.

Mitteilungen und Anfragen

11.1 Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr **Baudrexl** wies auf den Haushaltsansatz für das Jahr 2000 hin, der die Anlegung eines Baumlehrpfades an der Käthe-Kollwitz-Schule in Heeren beinhaltet.

Herr **Liedtke** berichtete, dass auf der mit einer Schwarzdecke versehene Fläche an der Käthe-Kollwitz-Schule Pavillons gestanden haben, die entfernt wurden. Die Verwaltung möchte die Fläche unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten aufwerten. Geplant sei daher die Entfernung der Schwarzdecke, die in jedem Falle entfernt werden sollte, und die Einrichtung eines Baumlehrpfades, wobei etwa Kosten in Höhe von 100.000,00 DM entstehen. Die bereits auf der Fläche bestehenden Bäume werden in ihrer Artenvielfalt erhalten, einige wenige Bäume werden dazugepflanzt und ein Lehrpfad mit Hinweisschildern auf die verschiedenen Baumarten und Besonderheiten, die insbesondere auch von Kindern nachvollzogen werden können, angelegt.

Diese Fläche ist nicht ohne einen erheblichen Eingriff bebaubar, in jedem Fall müsste die Schwarzdecke entfernt werden.

Die Maßnahme soll mit dem Preisgeld, das im Zuge des Wettbewerbs „Nachhaltige Stadtentwicklung“ mit der Gartenstadt Seseke-Aue gewonnen wurde, finanziert werden.

Herr **Schneider** erkundigte sich, ob die Entfernung der Schwarzdecke in den Kosten enthalten ist.

Herr **Liedtke** erklärte, dass die Position der Entfernung der Schwarzdecke in den Kosten der Maßnahme enthalten sind und die größte Summe ausmacht.

2. Herr **Baudrexl** berichtete über ein Bauvorhaben im Bereich Moosweg / Jakob-Koenen-Straße. Der Bebauungsplan ließe hier einen Stichweg zu.

Herr **Dornblüth** erklärte, dass bisher kein Interesse bestand, solch einen Verbindungsweg einzurichten. Die Mehrheit der Anwohner befürchtet, dass der Weg auch von anderen Nutzern im Hinblick auf die Nähe der Sportschule benutzt würde.

Die Verwaltung hält die Einrichtung eines Verbindungsweges nicht für erforderlich.

3. Herr **Baudrexl** wies auf ein Vorhaben des Kreises Unna hin, ein Naturdenkmal an der Heerener Straße an der ev. Kirche zu fällen, die Standsicherheit aufgrund eines starken Pilzbefalls nicht mehr gegeben sei.

11.2 Anfragen

1. Herr **Behrens** erkundigte sich nach Standorten, um den Baum des Jahres 1999, die Silberweide, zu pflanzen. Weiterhin wies Herr Behrens auf die von Reitern beschädigten Wege auf dem Galgenberg hin. Die Wege sind nicht für Reiter geeignet. Vielfach hätten die Reiter auch keine Plakette. Man könnte evtl. Schilder aufstellen und über die umliegenden Höfe Zugriff auf die Reiter nehmen.

Herr **Baudrexl** sagte im Bezug auf die Zerstörung der Wege durch Reiter eine Überprüfung zu und erklärte, dass geeignete Standorte zur Pflanzung der Silberweiden bekannt gegeben werden.

Herr **Liedtke** bemerkte, dass der Baum des Jahres schon im Bereich Friedhof Methler / Westicker Feld gepflanzt worden sei. Man könne ja auch den Baum des Jahre 2000 berücksichtigen.

Herr **Harrach** erklärte, dass die Sandbirke der Baum des Jahres 2000 sei.

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass auch die Zechentrasse von Reitern genutzt werde.

Herr **Nieme** regte an evtl. mit der Stadt Bergkamen zusammen einen Reiterweg anzulegen. Die Kosten hierfür müssten jedoch die Reiter übernehmen.

2. Herr **Wiese** schilderte, dass im Bereich Mühlenstraße Gräben zugekippt wurden. Zudem wurden an Bäumen Baumscheiben angelegt, die viel zu klein seien. Er erkundigte sich danach, wer für diese Angelegenheit zuständig sei.

Herr **Liedtke** erklärte, dass der Kreis Unna zuständig sei. Der Sachverhalt werde weitergeleitet.

3. Herr **Goehrke** bat um Überprüfung, ob für den Spielplatz in Heeren in Nähe des Vereinsheims des Freundeskreises Heeren Bedarf bestehe, da der Platz mehr als Fest- und Grillplatz genutzt werde.

Herr **Baudrexl** sagte eine Überprüfung durch den entsprechenden Fachbereich Jugend zu.

gez. Kissing
Stellv. Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer